

Rudolf Maresch

Neue Großraumbildung

Aus den Trümmern der alten kristallisiert sich allmählich eine neue Weltordnung heraus

Noch ehe das sowjetische Imperium 1991 endgültig kollabiert war, formulierte Charles Krauthammer, einflussreicher Kolumnist der *Washington Post*, in der Winterausgabe der *Foreign Affairs* von 1990/91 das „unipolare Moment“. Danach obliegt es der „Stärke Amerikas und seiner Willenskraft, eine unipolare Welt zu führen und ohne Scham die Regeln der Weltordnung festzulegen und sie auch durchzusetzen.“

Während Europa eine „geostrategische Verschnaufpause“ einlegte, ihre politische Einigung vorantrieb und die Friedensdividende in Form wirtschaftlicher Prosperität kassieren wollte, machten sich US-Strategen daran, die imperialen Ambitionen der USA festzulegen und zu formulieren. Niedergelegt wurden sie zuerst von Paul Wolfowitz und Lewis Libby in der sog. *Defense Planning Guidance* (DPG).

Was seinerzeit noch zu großer Aufregung innerhalb der damaligen US-Regierung geführt hatte und auf Geheiß des Weißen Hauses vom heutigen US-Vizepräsidenten Dick Cheney entschärft werden musste, wird eine Dekade später Teil der offiziellen US-Außenpolitik und Grundlage für die Nationale Sicherheitsdoktrin 2002 (NSS 2002). Darin wird die heilige trinitarische Formel zu ihrer globalen Durchsetzung: US-Hegemonie, Prävention und Regimewechsel festgeschrieben.

Die Initialzündung dazu liefert der elfte September. Durch ihn findet das Imperium zu sich selbst und endgültig zu seiner historischen Mission. Fortan will es offensiv und weltweit für Demokratie, Recht und Ordnung sorgen und den Planeten Zug um Zug „verwestlichen“ (R. Rorty). Spätestens seitdem besitzt die "neue Weltordnung" wieder Namen und Adresse. Das Wurzelgeflecht der Globalisierung, das versuchs- und wechselweise mal "Weltgesellschaft" (N. Luhmann), "Netzwerkgesellschaft" (M. Castells) oder "Empire" (M. Hardt und A. Negri) geheißen hat, ist der US-Imperialismus.

Ausweitung der Kampfzone

„Wer nicht für uns ist, ist gegen uns“ lautet inzwischen die simple, Komplexität reduzierende Botschaft dafür. „The mission defines the coalition; not the coalition the mission“, nennt Richard N. Haass, Planungsdirektor des Brookings Institute, diesen *Multilateralismus à la carte*. Und in dem Manifest *What we're fighting for*, das pünktlich am Vorabend des

Irakkrieges erschienen ist, bekennen sich über sechzig führende US-Intellektuelle zu den Ideen dieses „gerechten Krieges“.

Mit den Entwaffnungskriegen am Hindukusch und im Irak sind erste Ausrufezeichen gesetzt. Mit Siebenmeilenstiefeln nähern sich die USA ihrem historischen Auftrag, die Welt von allen Übeln zu befreien und sie nach ihren Regeln und Prinzipien zu gestalten. Sowohl in Kirgisien und Usbekistan als auch in Georgien, Tadschikistan und Kasachstan, Regionen, die einst dem sowjetischen Machtbereich unterstellt waren, haben sie Truppen stationiert und Stützpunkte errichtet. Nach der Eroberung Bagdads fassen sie im Mittleren Osten Fuß. Mit der Einrichtung vierer Militärbasen werden sie ihre Präsenz dort auf Dauer stellen und einen Ersatz für den unsicheren Kantonisten Saudi-Arabien finden. Fortan wird in diesem Raum nichts mehr gegen den Willen des neuen Rom geschehen. In unmittelbarer Nachbarschaft zum Iran und zum Risikostaat Saudi-Arabien wird es die Politik in der Region dominieren und als Verwalter der irakischen Ölreserven die Preispolitik der OPEC künftig entscheidend mitbestimmen.

Die alten Bündnisse liegen in Trümmer

Erneut ist es Charles Krauthammer, der es schafft, diese Politik der letzten zehn Jahre, in einen Satz zusammenzufassen und dadurch auf den Punkt zu bringen: „Amerika hat den Kalten Krieg gewonnen, Polen und Tschechien in die Tasche gesteckt, Serbien und Afghanistan pulverisiert und ganz nebenbei gezeigt, dass Europa nichts ist.“ (*Washington Post* vom 20.2.2002).

Die prominentesten „Opfer“ dieses Alleingangs sind die alten Bündnisse. UN, Nato und EU liegen in Trümmern. Sie haben sich als irrelevant und überflüssig erwiesen. „Die UN sind ein Garant des Nichts“, schrieb anno 1991 Krauthammer in *The Unipolar Moment*. Über eine Dekade später dankt Richard Perle Gott "für den Tod der UN" und tituliert sie als „Schwatzbude vom Hudson River“ (*The Guardian* vom 21.3. 2003). Für die künftige Weltgewaltkriegsordnung werden sie nicht mehr gebraucht. Zumal sie sich in der Vergangenheit (Südkorea, Ruanda, Balkan) als unfähig erwiesen haben, Recht und Ordnung im US-amerikanischen Sinn durchzusetzen oder sich den neuen globalen Herausforderungen und Bedrohungen (Proliferation, Terrorismus, Entwaffnungskriege ...) gewachsen zu zeigen. Der „neue Unilateralismus“, den Charles Krauthammer (*The National Interest* Nr . 70, Winter 2002/2003) gerade auf den neuesten Stand gebracht hat, tritt explizit für ein Festhalten an Alleingängen ein, für die Aufrechterhaltung einer von keinem Rivalen bestrittenen Dominanz. „Es könnte sehr lange dauern“, stellt er dort fest, „bis wir die einzige und größte Bedrohung,

nämlich Massenvernichtungswaffen in der Hand so genannter Schurken- oder Risikostaaten, erfolgreich gestaltet haben. Das wird eine aggressive und dreiste Anwendung unipolarer Macht erfordern, die keinen Rückfall in einen lähmenden Multilateralismus erlauben wird, wie noch in den neunziger Jahren. Die Zukunft der unipolaren Ära hängt davon ab, ob die USA von denen regiert werden, die eine Beibehaltung, Vermehrung und Anwendung von Alleingängen wünschen, um ihre globalen und nicht nur amerikanischen Ziele zu erreichen, oder von jenen, die das nicht wollen.“ Über die Dauer dieser „unipolaren Ära“ wird folglich in Washington D.C. entschieden, und zwar nach amerikanischen Regeln, und nicht in eurasischen Hauptstädten oder am Hudson River in New York.

Der UN will sich das Imperium künftig nur noch von Fall zu Fall bedienen. Etwa dann, wenn humanitäre Hilfe organisiert, Sanktionen aufgehoben oder Scherben in bestimmten Staaten aufgekehrt werden müssen. Dann, und nur dann, sind *burden sharing* und Multilateralismus gefragt oder erwünscht. Ähnliches hat man mit Koalitionen vor. Sie will man sich künftig nach Gutdünken zusammenstellen. Schließlich will man nicht von der Zustimmung „so unbedeutender Staaten wie Guinea, Kamerun oder Angola“ abhängig sein, wenn es gilt, „andere Länder vom Joch grausamer und gefährlicher Tyrannen zu befreien und das Leben amerikanischer Soldaten zu riskieren.“ (Ch. Krauthammer in *Washington Post* vom 28.2.2003). Ein „Recht auf eine andere Meinung“ will zum Beispiel Richard Perle (*Berliner Zeitung* vom 26.3.2003) anderen Ländern zwar weiter zugestehen, ein „Vetorecht“ hingegen aber nicht mehr.

Außer der UN liegt auch die Nato am Boden (Christoph Keese in *Spiegel Online* vom 24.3.2003). Das Bündnis ist kaum noch zu retten, wie lautstark und wortreich sich Henry Kissinger (*Die Welt* vom 13.4.2003) auch für seine Rettung einsetzen mag. Die List der Schwachen und Ohnmächtigen ist nicht geglückt. Ihnen ist es nicht gelungen, den Koloss einzubinden und ihn zu einer echten transatlantischen Partnerschaft zu bewegen. Zug um Zug wird klar, dass die Nato immer schon der verlängerte Arm der USA gewesen ist. Das beweisen Meldungen, in denen schon wieder laut davon die Rede ist, ob nicht vielleicht doch die Nato die Scherben im Irak zusammenkehren und dazu Truppen und Aufbaukräfte entsenden wird.

Am Boden liegt schließlich auch die EU. Dem Imperium ist es gelungen, einen Keil zwischen das alte und neue Europa zu treiben und so die alte Welt zu spalten. Seitdem acht europäische Regierungschefs in einem gemeinsamen Aufruf ihre Solidarität und Unterstützung für den Irak-Feldzug erklärten, ist das Klima zwischen Paris und London vergiftet. Und mit der Ost-Erweiterung, die das Imperium laut Ruth Wedgewood gefördert hat, „um Westeuropa

einzdämmen“, wird sie auf Jahre politisch und wirtschaftlich gelähmt sein. Von einem „zweiten Byzanz“, zu dem Europa von Charles A. Kupchan bereits hochgeschrieben wurde, ist weit und breit nichts zu sehen.

Das bunte Konglomerat, das ihrer Führer auf dem EU-Gipfel in Porto Carras abgaben, legt Zeugnis davon ab. Es spiegelt exakt jenen postmodernen „geopolitischen Pluralismus“ wider, den sich US-Geopolitiker wie Zbig Brzezinski an allen geostrategischen Dreh- und Angelpunkten der Welt wünschen, damit nirgends ein neue Rivale entstehen kann.

Die Prognose Dirk Schümers in der *F.A.Z.* vom 8. April 2003, wonach Europa und die UN langfristig aus den Ruinen der alten Bündnisse langfristig als Sieger hervorgehen werden, ist äußerst kühn und verwegen. Realistischer dürfte die Meinung sein, dass einige der Unwilligen sich Zug um Zug an das Imperium wieder heranrobben werden. Die Anzeichen und Signale dafür mehren sich, nicht nur in Paris, sondern auch, und vor allem, in Berlin.

Die Autorität der Kosmopoliten auch

Kosmopoliten sollten sich also nicht täuschen. Es gibt weder ein gutes noch ein böses Amerika. Es gibt nur die „großartige“, „einmalige“ und „unverzichtbare Nation“, die zugleich „Ausnahme“, „Zukunft“ und „Vorhut der menschlichen Geschichte“ ist. Dieser „Mythos“ Amerikas ist schon oft und hinreichend „gewürdigt“ worden. Und dass das Imperium zwischen nationalen und globalen Interessen nicht unterscheidet, ausschließlich nach Maßgabe eigener Regeln und Prinzipien handelt, ebenso.

Folglich hat keine böse „neokonservative Clique“ das Imperium handstreichartig genommen, wie Habermas in der *F.A.Z.* vom 17.4.2003 im Gleichklang mit Pat Buchanan, Zbig Brzezinski und anderen Kritikern (*WOZ* vom 3.4.2003) der Bush-Administration uns glauben machen will. Dass das mehr ist, als eine „kleine Gruppe von Amerikanern, die glauben, die Kontrolle über die gesamte US-Strategie zu haben“ (Brzezinski in: *Die Welt* vom 20.4.2003), ist inzwischen sogar Richard Rorty (*FR* vom 19.4.2003) klar geworden.

Die Politik der konzentrischen Machtentfaltung ist weder Ausnahme noch Unfall, wie die Geschichte der Monroedoktrin eindrucksvoll zeigt. Schon für Benjamin Franklin war „die Sache Amerikas [...] die Sache der ganzen Menschheit“. Und laut Robert Kagan ist die „territoriale Expansion und Ausweitung der Einflussphäre [...] die unleugbare Realität der amerikanischen Geschichte [und] tief im amerikanischen Charakter verwurzelt.“

Was die laut Dany Cohn-Bendit „rechten Bolschewisten“ (*Foreign Policy* Mai/Juni 2003) derzeit tun, ist nichts anderes als die Revitalisierung des „Amerikanischen Traums“. Sie legen nur aggressiv und expansiv-missionarisch aus, was die Gründerväter vor fast einem

Vierteljahrtausend der Nation ins Stammbuch geschrieben haben. Das bessere Amerika, das Habermas vor Augen hat, repräsentiert er selbst. Vermutlich hat der US-Soziologe Mark Lilla (*NZZ* vom 5.4.2003) recht: Die Rééducation war viel erfolgreicher als die meisten Intellektuellen und Leitartikler zugeben wollen.

„Heute umfasst Amerika die ganze Welt“, stellte Brzezinski bereits 1970 fest. „Wir sind alle Amerikaner“, sinnierte *Le Monde* am Tag nach dem Anschlag. Vielleicht hat so mancher Amerikas Idealismus missdeutet, seinen Messianismus unterschätzt und beides von seinen imperialistischen Implikationen getrennt. Kein Wunder, dass diese Leute tief enttäuscht auf den Trümmern ihrer kantischen Weltfriedensordnung sitzen und wehklagen. Aber schon der Königsberger Philosoph Kant wusste, dass der „Ewige Frieden“, den er annoncierte, ein schrecklicher sein würde. Über sechs Milliarden Menschen über den gleichen Kamm zu scheren, muss zu permanenten Befriedungs- und Entwaffnungskriegen führen. Zumindest die Statistik scheint diese Sorge zu bestätigen. Sie besagt, dass seitdem die Kriege erheblich zunehmen.

Kontrafaktisch zu denken, heißt: Macht und Moral, Politik und Philosophie und Gewalt und Recht voneinander zu entkoppeln und das eine ständig gegen das andere auszuspielen. Carl Schmitt ist da in vielerlei Hinsicht eindeutiger und klarer. Mit Habermas teilt Schmitt zwar den Glauben an die Macht des Rechts. Dem Recht muss es gelingen, Macht, Politik und Gewalt einzuhegen. Im Gegensatz zu Habermas weiß Schmitt aber, dass das eine nicht ohne das andere zu haben ist. Nicht das Recht, sondern die Gewalt setzt Recht. Der Neo-Imperialismus erfindet sich „seine eigenen Begriffe“. Ein im Schmittschen Sinne „falscher Normativismus und Formalismus“ führt letztendlich nur dahin, „dass am Ende niemand weiß, was Krieg und was Frieden ist“ (Carl Schmitt, „Völkerrechtliche Formen des modernen Imperialismus“, in: ders., *Positionen und Begriffe*, Berlin 1994).

Die Trümmer, die Habermas dem Land seiner universalistischen Träume und Sehnsüchte nun vor die Füße wirft, sind seine eigenen. Der Philosoph spürt das insgeheim. Auch er ahnt, dass alle säkularisierten Begriffe der Moral und der modernen Rechtslehre theologischen Ursprungs sind, deren Sprengkraft durch Rationalisierungen nicht einzuhegen sind.

Für die Neokonservativen ist das keine Neuigkeit. Das wissen sie längst. Leo Strauss hat ihnen das beigebracht. Über ihn dürften sie auch mit den Schriften Carl Schmitts in Berührung gekommen sein. Zeitlebens hielt nämlich der deutsch-jüdische Politphilosoph, der 1938 in die USA emigrierte, regen Kontakt mit dem deutschen Staatsrechtler. Von ihm stammt die bis auf den heutigen Tag bedeutendste Auseinandersetzung mit dem *Begriff des Politischen*.

Neue Großraumbildung

Karl-Otto Hondrich hat recht (NZZ vom 22.3.2003). Mit Multilateralismus allein lassen sich gewalttätige Konflikte nicht lösen. Das Kantische Paradies ist nicht von dieser Welt. Er hat aber unrecht, wenn er glaubt, dass Ordnung, Sicherheit und Freiheit sich nur mittels Gewalt herstellen lassen. Die Welt braucht weder einen Leviathan noch einen „Katechon“, der andere niederhält oder ihren Fall in Anarchie und „Heillosigkeit“ aufhält. Was die Welt vielmehr braucht, ist Machtgleichgewicht.

Macht wird allein begrenzt durch Gegenmacht. Im Zeitalter der Massenvernichtungswaffen schließt das den Besitz von Atomwaffen nicht aus, sondern ein. Das Gebot der Stunde heißt daher nach wie vor Abschreckung. Wer Sicherheit will, muss dafür etwas tun. Nordkorea exerziert es vor. Sicherer, besser und friedlicher wird die Welt dadurch gewiss nicht, aber vielleicht unabhängiger, vielfältiger, vielstimmiger.

Schon deswegen werden alle diejenige, die, in Abwandlung eines Bonmots von Carl Schmitt, nicht *sous l'oeil des Américains* leben möchten, um die Bildung einer alternativen Großraumordnung nicht herumkommen. Sam Huntington hat sie jüngst im Begriff der „Bruchlinie“ neu belebt. Danach stehen sich an diesen Linien verschiedene Kulturkreise gegenüber. Sie leben in territorial abgegrenzten Räumen und ko-existieren schieblich-friedlich miteinander.

Auch Huntingtons „Kulturkreise“ sind „vom konkreten Raum her gedacht“. Auch ihm ist klar, dass „ein die ganze Erde und Menschheit umfassendes, universalistisches Weltprinzip [...] naturgemäß zur Einmischung aller in alles [führt].“ (Schmitt a.a.O.) Selbstverständlich muss man die von Schmitt und Huntington ins Auge gefassten „Großräume“ ihres „völkischen“ Charakters entkleiden und ihnen einen postmodernen, nicht universalistischen Anstrich geben.

Alternativer Großraum

Nachdem die EU dafür nicht mehr in Frage kommt, weil für London der Ärmelkanal breiter ist als der Atlantik, kann das nach Lage der Dinge nur eine eurasische Macht sein, die Kerneuropa (Paris-Berlin) mit Moskau verbindet, eine Option, die schon Karl Haushofer in der Zwischenkriegszeit vorschwebte.

Warum osteuropäische Staaten (insbesondere Polen) darüber in Panik verfallen sollten, ist nicht zu erkennen. Die territoriale Nähe und die Kraft des Euro werden sie mittelfristig sowieso an die Seite Kerneuropas „zwingen“, und das zu ihrem eigenen Vorteil. Geschichte wiederholt sich zwar, aber nicht immer gleich.

Ist es ein Treppenwitz der Geschichte, dass ausgerechnet rotgrüne Linke diese Option nun ernsthaft in Erwägung ziehen? „Amerika zerstört im Augenblick den Begriff des 'Westens'“ und die dahinter liegende „Wertegemeinschaft“, meint Gernot Erler, stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender. Heute sei dieser Begriff „kein transatlantischer Identitätsbegriff mehr“ (*Die Welt* vom 20.4.2003).

Vorerst meiden Sozialdemokraten und Grüne noch die Rede von einer „Achse Paris-Berlin-Moskau“. Doch soll Russland in diesem „neuen Europa“ künftig eine weitaus größere Rolle spielen als bisher. „Putin will Russland zu einem europäischen Staat machen und die EU will diesen Putinschen Weg nach Kräften unterstützen.“ Als Langzeitperspektive sieht Erler eine Partnerschaft, die auf „gemeinsamen ökonomischen, politischen und kulturellen Interessen“ beruht.

Auch der konservative Strippenzieher Werner Weidenfeld (*Die Welt* vom 6.4.2003) spricht sich dafür aus und sieht die Achse Paris-Berlin-Moskau langfristig als einzige, nennenswerte Alternative zur US-Hegemonie. Er bezweifelt allerdings, ob die genannten Länder ihre unterschiedlichen Interessen jemals bündeln und sich auf die Einhegung des Imperiums verständigen werden können. Immerhin beginnen Paris und Berlin, zusammen mit einigen kleineren Staaten Kerneuropas (Belgien, Luxemburg), über den raschen Aufbau einer gemeinsamen Streitmacht (EVU) nachzudenken. Stürzt Schröder, dann ist dies alles Schnee von gestern. Dann sind in Berlin wieder die Merkels und Schäubles am Zug, die Kräfte des alten Europas.

Schlachtfeld der Zukunft

Über all diesen geostrategischen Überlegungen sollte man den asiatisch-pazifischen Raum aber nicht vergessen. Spätestens Mitte des Jahrhunderts wird er Zentrum des Welthandels sein und die volle Aufmerksamkeit des Imperiums beanspruchen. Die Claims dafür werden soeben abgesteckt.

Der Nordkorea-Konflikt und die Diskussion um die künftige Rolle Japans (Atommacht oder bloße Wirtschaftsmacht) sind erste Vorboten. Bisläng versuchte das Imperium abzuwiegeln und das Problem möglichst niedrig zu halten. Schließlich will es erst im *Greater Middle East* für Ruhe, Ordnung und Sicherheit sorgen. Das ist, wie man am Beispiel Iraks sieht, schwer und kostspielig genug. Für einen Zweifrontenkampf ist man trotz der in der Nationalen Sicherheitsstrategie 1996 erhobenen Forderung weder militärisch noch politisch gerüstet.

Nach dem Eingeständnis Nordkoreas, im Besitz von Atomwaffen zu sein, ist das Problem aber nicht mehr auf die lange Bank verschiebbar. Statt mit Pjöngjang den von ihm

gewünschten Nichtangriffspakt zu schließen, scheinen die Bushies zum Regimewechsel entschlossen. Die Schwelle von der Diplomatie zum Krieg wird offenbar gerade überschritten. Traut man Berichten, dann erwägt das Imperium bereits „Land- und Seeblockaden“, wobei es auf die Mithilfe Chinas und Japans hofft (*Spiegel Online* vom 26.4.2003). Die Frage ist also auch hier nicht mehr, ob man zuschlägt, sondern nur noch wann.

Ob beide Seiten bluffen oder nur ein neuer, diesmal viel blutigerer Krieg bevorsteht, ist vom Schreibtisch aus nicht auszumachen. Vorerst hat es eher den Anschein, als ob das Imperium zunächst den arabischen Raum zur Demokratie bekehren und dort zuerst Freihandel und *Free Flow of Information* einführen will. Erst danach gedenkt man sich verstärkt dem asiatisch-pazifischen Raum zuzuwenden, der bereits von den aufstrebenden Mächten Indien und China dominiert wird. Erst in der Konfrontation mit diesen „überdimensionierten“ Völkern und ihren Märkten wird sich zeigen, ob die Geschichte der Aufklärung mit dem *Imperium Americanum* zuende gehen wird, ob seine Macht „ewig“ dauern wird, oder ob es sich bei seiner Hegemonie doch nur um eine kurze Episode der Geschichte gehandelt hat.

Kriege sind Kriege um Ideen

„Alle großen Kriege sind Glaubenskriege“, stellt Werner Sombart anno 1915 in *Händler und Helden* fest, „waren es in der Vergangenheit, sind es in der Gegenwart und werden es in der Zukunft sein.“

Nicht anders sehen es die Bushies. Auch für sie ist der Krieg ein „Krieg der Ideen“ (siehe Nationale Sicherheitsdoktrin 2002), ein „ewiger Kampf zwischen dem Bösen und dem Guten.“ Mit Leo Strauss teilen sie die Überzeugung, dass nur Ideen die Welt verändern. Gut ist, wenn sie sich mit globalen Interessen decken, mit einer historischen Mission, wie sie die Demokratisierung der Welt à la american vorgibt. Diese Wahrheit zu erkennen, ist nach Strauss nur wenigen bescheiden.